

Innsbruck, am 25. September 2000

## INFORMATIONSRUNDSCHREIBEN 3/2000

*Abkürzungen am Ende des Textes*

*Alle Personen- und Funktionsbezeichnungen beziehen sich gleichermaßen auf Frauen und Männer*

*Sehr geehrte Frau Kollegin, sehr geehrter Herr Kollege !*

*Im Auftrag des Dienststellenausschusses der Universitätslehrer an der Universität Innsbruck kann ich folgende Informationen an Sie weitergeben:*

### 1) NOVELLIERUNG DES BDG

*Durch Art. I der Dienstrechts-Novelle 2000, BGBl. Teil I Nr. 94/2000, vom 11. August 2000 sind u.a. auch die für beamtete Universitätslehrer (Universitätsprofessoren, Universitätsdozenten, Universitätsassistenten, Lehrer an Universitäten) maßgebenden Bestimmungen des 6. Abschnittes des BDG dahingehend geändert worden, daß mit Wirkung vom 12. August 2000 ein **neuer § 155 Abs. 5a** des folgenden Wortlautes eingefügt worden ist [zum Text des 6. Abschnittes des BDG vgl. das Sonder-Informationsrundschreiben "AUSZUG AUS DEM BEAMTEN-DIENSTRECHTSGESETZ 1979" auf weißem Papier, das zuletzt als Anlage zum Informationsrundschreiben 2/1999 vom 22. November 1999 übermittelt worden ist], der die **Heranziehung von Ärzten**, deren regelmäßige **Wochendienstzeit herabgesetzt** worden ist, zu **Journaldiensten** an deren **Zustimmung** bindet.:*

*" (5a) Universitätslehrer, die an Universitäten als Ärzte (§ 2 Abs. 2 Ärztegesetz 1998) verwendet werden und deren regelmäßige Wochendienstzeit herabgesetzt ist [gemäß §§ 50a oder 50b BDG; Anm. CALL], dürfen – abgesehen vom Fall des § 50c Abs. 3 [des BDG: Ein Beamter, dessen regelmäßige Wochendienstzeit gemäß §§ 50a oder 50b BDG herabgesetzt worden ist, kann über die für ihn maßgebende Wochendienstzeit hinausgehend zur Dienstleistung nur dann herangezogen werden, wenn die Dienstleistung zur Vermeidung eines Schadens unverzüglich notwendig ist und ein Beamter, dessen regelmäßige Wochendienstzeit nicht herabgesetzt ist, nicht zur Verfügung steht; Anm. CALL] – nur mit ihrer Zustimmung über die für sie maßgebende Wochendienstzeit zu ärztlichen Journaldiensten herangezogen werden. " [Durch den durch Art. II der Dienstrechts-Novelle 2000 in § 15a GG eingefügten Abs. 3 wird bestimmt, daß das sonst in § 15a Abs. 1 GG für Journaldienste vorgesehene Ruhen der Abgeltung bei Herabsetzung der Wochendienstzeit auf die Abgeltung dieser Journaldienste nicht anzuwenden ist; Anm. CALL]*

*Zufolge der Querverweise der §§ 53 Z. 1, 55 Abs. 3 und 57 Abs. 6 VBG ist diese Bestimmung auch auf Vertragsassistenten, Vertragsdozenten bzw. Vertragsprofessoren anzuwenden.*

*Zu den alle Beamten - und damit auch die beamteten Universitätslehrer - betreffenden Novellierungen des BDG durch das Pensionsreformgesetz 2000, BGBl. Teil I Nr.95 /2000, vgl. die Punkte 2) und 3).*

## 2) MINDESTALTER FÜR VERSETZUNG IN DEN RUHESTAND DURCH ERKLÄRUNG

Durch Art. I des Pensionsreformgesetzes 2000, BGBl. Teil I Nr. 95/2000 vom 11. August 2000, ist der für alle Beamten – und damit auch für die beamteten Universitätslehrer (mit Ausnahme des Falles der Emeritierung gemäß § 163 Abs. 2 bis Abs. 6 BDG) – geltende **§ 15 BDG (Versetzung in den Ruhestand durch Erklärung ; "Frühpension")** dahingehend geändert worden, daß – beginnend mit 1. Oktober 2000 - das **Mindestalter**, zu dem der Beamte durch schriftliche Erklärung aus dem Dienststand ausscheiden und seine **Versetzung in den Ruhestand** bewirken kann, **stufenweise hinaufgesetzt** wird. Bis zum 30. September 2000 war der Übertritt in den Ruhestand durch Erklärung frühestens mit Ablauf desjenigen Monat möglich, in welchem der Beamte den 720. Lebensmonat, d.h. das 60. Lebensjahr, vollendet hat. Aufgrund der Übergangsbestimmungen des durch diese Novelle ebenfalls neu eingefügten § 236c BDG **erhöht sich**, mit 2. Oktober 2000 beginnend und mit 1. Oktober 2002 endend, das für die vorgenannte Erklärung **mindestens erforderliche Lebensalter** (ausgedrückt in Lebensmonaten) zu Beginn **jedes Quartals** um jeweils **zwei Lebensmonate**. Danach ist für den Übertritt in den Ruhestand durch Erklärung gemäß § 15 BDG für den Zeitraum 2. Oktober 2000 bis 1. Jänner 2001 die Vollendung von 722 Lebensmonaten, für den Zeitraum 2. Jänner bis 1. April 2001 die Vollendung von 724 Lebensmonaten, für den Zeitraum 2. April bis 1. Juli 2001 die Vollendung von 726 Lebensmonaten usw., für die Zeit ab 2. Oktober 2002 die Vollendung von 738 Lebensmonaten, d.i. die Vollendung von 61,5 Lebensjahren, erforderlich. Für Beamte, die bis spätestens 30. Juni 2000 eine Erklärung über den zukünftigen Zeitpunkt des Übertrittes in den Ruhestand gemäß § 15 Abs. 1 BDG bereits abgegeben haben, ist § 15 BDG in der am 30. Juni 2000 geltenden Fassung anzuwenden.

Für Beamte (beamtete Universitätslehrer), die **vor dem 1. Oktober 1945 geboren** worden sind, ist der **Übertritt in den Ruhestand** durch Erklärung dann weiterhin **mit Ablauf des Monats der Vollendung des 60. Lebensjahres** (und natürlich später) **möglich**, wenn der Beamte zum Zeitpunkt der Wirksamkeit der Versetzung in den Ruhestand eine **beitragsgedeckte Gesamtdienstzeit vom vierzig Jahren** aufweist.

Auf die **für Universitätsprofessoren** geltende **Sonderbestimmung** des § 164 BDG (eine Versetzung in den **Ruhestand durch Erklärung** gemäß § 15 BDG wird **nur wirksam**, wenn der Universitätsprofessor zum beabsichtigten Termin der Ruhestandsversetzung eine **tatsächliche Verwendung im Bundesdienst**, (d.h. nicht notwendigerweise zur Gänze als Universitätsprofessor), von **wenigstens 18 Jahren** aufweist ; vgl. dazu das Sonder-Informationsrundsreiben "**AUSZUG AUS DEM BEAMTEN-DIENSTRECHTSGESETZ 1979**" auf weißem Papier) wird verwiesen.

## 3) VERSETZUNG IN DEN RUHESTAND VON AMTS WEGEN

Durch Art. I des Pensionsreformgesetzes 2000, BGBl. Teil I Nr. 95/2000, vom 11. August 2000, ist in das BDG ein **neuer § 15a** eingefügt worden, der vorsieht, daß der Beamte aus wichtigen dienstlichen Interessen (die in § 38 Abs. 3 BDG angeführt sind) **von Amts wegen in den Ruhestand versetzt** werden kann, wenn er zum Zeitpunkt der Wirksamkeit der Versetzung in den Ruhestand seinen 738. Lebensmonat, d.s. 61,5 Lebensjahre, vollendet hat, und wenn er die für den Anspruch auf Ruhegenuss in der Höhe der Ruhegenussbemessungsgrundlage – die Ruhegenussbemessungsgrundlage beträgt (außer im Fall der Emeritierung gemäß § 163 Abs. 5 BDG, für welchen Fall der Emeritierungsbezug durch § 10 PG geregelt ist) gemäß § 4 Abs. 2 PG 80 % des ruhegenußfähigen Monatsbezuges - erforderliche ruhegenussfähige Gesamtdienstzeit aufweist. Gemäß dem durch Art. I des Pensionsreformgesetzes ebenfalls novellierten § 155 Abs. 9 BDG ist diese **Versetzung in den Ruhestand von**

*Amts wegen auf beamtete Universitätslehrer (Universitätsprofessoren, Universitätsdozenten, Universitätsassistenten, Lehrer an Universitäten und Universitäten der Künste) nicht anzuwenden.*

#### **4) NOVELLIERUNG DES VERTRAGSBEDIENSTETENGESETZES**

Durch Art. III der Dienstrechts-Novelle 2000, BGBl. Teil I Nr. 94/2000, vom 11. August 2000, sind u.a. auch die für vertragsbedienstete Universitätslehrer (Vertragsprofessoren, Vertragsdozenten, -Vertragsassistenten) maßgebenden Bestimmungen des Abschnittes III des VBG geändert worden:

- **Wegfall** des § 52 Abs. 7 (für die **Weiterbestellung eines "Ausländers"** = Nicht-EU/EWR-Bürgers als Vertragsassistent war bisher die **Zustimmung der BMBWK erforderlich**); ist rückwirkend mit 1. April 2000 in Kraft getreten ;
- **Einfügung** der §§ 54e (der bisherige § 54e "Abfertigung der Vertragsassistenten" erhält die Bezeichnung § 54f VBG ) : Regelung der **Vergütung** für die **Erfüllung von ärztlichen Aufgaben** im Rahmen einer öffentlichen Krankenanstalt für **als Ärzte verwendete Vertragsassistenten** (§ 54e VBG neu) und für **als Ärzte verwendete Vertragsdozenten** (§ 56e VBG) . Eine analoge Regelung für wissenschaftliche Vertragsbedienstete ist in dem neu eingefügten § 22 Abs. 6 enthalten. Diese Regelungen sind **rückwirkend mit 1. Jänner 1999** in Kraft getreten. Vgl. dazu auch Punkt 9) .

Bezüglich der für alle Vertragsbediensteten geltenden Regelungen wird auf die **Neuregelung der Entschädigung eines ausgeschiedenen Vertragsbediensteten für nicht verbrauchten Erholungsurlaub** hingewiesen, welche Situation bei ausscheidenden Vertragsassistenten relativ häufig auftritt. Bisher war dies in den §§ 28a VBG (Entschädigung für den Erholungsurlaub ; bei Ausscheiden durch einverständliche Lösung oder Zeitablauf nach dem 30. Juni eines Kalenderjahres anzuwenden), 28b VBG (Abfindung für den Erholungsurlaub ; bei Ausscheiden durch einverständliche Lösung oder Zeitablauf in den ersten sechs Monaten des Kalenderjahres anzuwenden) und 28c VBG (Verlust des Anspruches auf Erholungsurlaub und auf Urlaubsabfindung) geregelt [vgl. dazu das Sonder-Informationsrundsreiben "**ERHOLUNGSURLAUB**" auf kirschrotem Papier] . Die bisherige, nach dem Zeitpunkt des Ausscheidens differenzierende Regelung wurde durch eine **einheitliche Regelung** (Wegfall der §§ 28a und 28c VBG, Neufassung des § 28b VBG) ersetzt, wonach dem ausscheidenden Vertragsbediensteten für das Kalenderjahr, in dem das Dienstverhältnis endet, **für nicht verbrauchten Erholungsurlaub eine finanzielle Ersatzleistung** gebührt. Das für das Jahr des Ausscheidens gebührende Ausmaß an Erholungsurlaub wird durch Aliquotierung des in diesem Kalenderjahr gebührenden Höchstausmaßes an Erholungsurlaub im Verhältnis der tatsächlichen Dauer des Dienstverhältnisses in diesem Kalenderjahr zum gesamten Kalenderjahr berechnet ("**aliquotiertes Urlaubsausmaß**"). Die finanzielle Ersatzleistung gebührt für das nach Abzug des bereits verbrauchten Erholungsurlaubes vom aliquotierten Urlaubsausmaß und von einem allfälligem Erholungsurlaub aus einem vorangegangenen Kalenderjahr noch verbleibende Ausmaß an Erholungsurlaub. Eine finanzielle Ersatzleistung gebührt nicht, wenn der Vertragsbedienstete in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis zum Bund übernommen wird. Ist laufender Erholungsurlaub bereits in einem das aliquotierte Urlaubsausmaß übersteigenden Ausmaße verbraucht worden, ist das zuviel empfangene Monatsentgelt nur in besonderen Fällen rückzuerstatten.

## 5) NOVELLIERUNGEN DES GEHALTSGESETZES

Durch Art. II der Dienstrechtsnovelle 2000, BGBl. Teil I Nr. 94/2000, vom 11. August 2000, wurde in § 52 GG (Abgeltung der Lehrtätigkeit von Universitätsassistenten) ein mit 12. August 2000 in Kraft getretener Abs. 8 eingefügt, wonach sich die Beträge gemäß § 52 Abs. 3 GG (**Kollegiengeldabgeltung** der Universitätsassistenten (und durch den Querverweis von § 53 Z. 3 VBG auch der Vertragsassistenten) **für jede über die ersten zwei Stunden Lehrtätigkeit hinausgehende, abgehaltene Semesterstunde**) und § 52 Abs. 4 GG (Abgeltung der **Mitwirkung an Lehrveranstaltungen** der Universitäts/Vertragsassistenten gemäß § 180b Abs. 2 BDG) zum 1. Oktober eines Kalenderjahres "**valorisiert**" werden, d.h. sich um den Prozentsatz erhöhen, um den V/2 in dem dem jeweiligen 1. Oktober vorangegangenen Jahr angestiegen ist ("Valorisierungsregelung"). Dies wurde in Analogie zu der für die Kollegiengeldabgeltung der Universitätsprofessoren und der Universitätsdozenten geltende Valorisierungsregelung des § 51 Abs. 2 GG schon bisher so gehandhabt.

Durch Art. II der Dienstrechts-Novelle 2000 wurden auch die §§ 40c und 53b VBG ("**Vergütung für die Erfüllung von ärztlichen Aufgaben** im Rahmen einer öffentlichen Krankenanstalt" für "wissenschaftliche Beamte", für Universitätsdozenten und für Universitätsassistenten) neu eingefügt, deren Bestimmungen unter Punkt 9) wiedergegeben sind.

Durch Art. II des Pensionsreformgesetzes 2000, BGBl. Teil I Nr. 95/2000, vom 11. August 2000 sind zwar keine spezifisch nur für beamtete Universitätslehrer geltenden Bestimmungen novelliert worden, doch wird auf zwei alle Beamten betreffenden Änderungen hingewiesen :

- Der durch diese Novelle neu eingefügte, mit 1. Oktober 2000 in Kraft tretender § 13c GG besagt, daß für den Beamten (beamteten Universitätslehrer), der **durch Unfall** (ausgenommen Dienstunfall) oder **durch Krankheit** für die Dauer von **mehr als sechs Monaten an der Dienstleistung verhindert** ist, der **Monatsbezug auf zwei Drittel** desjenigen **Monatsbezuges herabgesetzt** wird, der dem Beamten ohne diese Dienstverhinderung gebühren würde. Die **Kinderzulage** gemäß § 4 GG ist von einer solchen Kürzung **ausgenommen**. Sinkt der Monatsbezug dadurch unter eine bestimmte Grenze ab, gebührt eine ruhegenußfähige und der Sonderzahlung gemäß § 3 Abs. 3 GG ("13. und 14. Monatsbezug") zugrunde zu legende **Ergänzungszulage**. Wenn innerhalb von sechs Monaten nach dem Wiederantritt des Dienstes nach einer Dienstverhinderung abermals eine Dienstverhinderung durch Krankheit oder infolge desselben Unfalls eintritt, dann gilt diese Dienstverhinderung als Fortsetzung der früheren Dienstverhinderung. Für **vertragsbedienstete Universitätslehrer** (Vertragsassistenten, Vertragsdozenten, Vertragsprofessoren) galt **schon bisher** die analoge Regelung des **§ 24 VBG**, die allerdings den Zeitraum der Dienstverhinderung, nach dem eine Herabsetzung des Monatsentgeltes und der Kinderzulage auf die Hälfte eintritt, nach der Dauer des Dienstverhältnisses differenziert.
- Der **Pensionsbeitrag** der Beamten (beamteten Universitätslehrer) gemäß **§ 22 Abs. 2 GG** ist mit Wirkung vom **1. Oktober 2000 um 0.8 Prozentpunkte erhöht** worden. Der Pensionsbeitrag beträgt für den Beamten, der **vor dem 1. Mai 1995** in ein **Dienstverhältnis** zu einer **öffentlichen Gebietskörperschaft** (d.i. nicht notwendigerweise die Universität) aufgenommen worden ist, **ab 1. Oktober 2000 12,55 Prozent** . Für den Beamten (beamteten Universitätslehrer) , der **ab dem 1. Mai 1995** in ein **Dienstverhältnis** zu einer **öffentlichen Gebietskörperschaft** (d.i. nicht notwendigerweise die Universität) aufgenommen worden ist, ist gemäß § 62e Abs. 11 PG in Verbindung mit § 62b Abs. 1 PG und § 22 Abs. 2 GG der Pensionsbeitrag seit 1. Jänner 1998 um 1,5 Prozentpunkte niedriger, beträgt somit ab 1. Oktober 2000 **11.05 Prozent** .

Gemäß § 22 Abs. 1 GG hat der Beamte (beamtete Universitätslehrer) in jedem Kalendermonat seiner ruhegenußfähigen Gesamtdienstzeit einen Pensionsbeitrag in der Höhe eines bestimmten Prozentsatzes des Monatsbezuges [einschließlich der Sonderzahlung gemäß § 3 Abs. 3 GG ("13. und 14. Monatsbezug")], der Dienstzulage (Forschungszulage) gemäß § 49a GG, einer Dienstzulage ("Biennalzulage") gemäß § 49 Abs. 2 GG, einer Dienstzulage ("Lehrzulage") gemäß § 52 Abs. 1 GG, einer Dienstalterszulage gemäß § 50 GG und einer Besonderen Dienstalterszulage gemäß § 50a GG] sowie der einen Anspruch auf eine Nebengebührendzulage zum Ruhegenuß begründenden Nebengebühren [z.B. eine Erschwerniszulage gemäß § 19a GG, eine Gefahrenzulage gemäß § 19b GG, eine Vergütung für ärztliche Tätigkeit gemäß § 53a GG; vgl. dazu auch Punkt 9] zu entrichten. Der Pensionsbeitrag ist auch während der Zeit einer Freistellung gemäß § 160 BDG [vgl. dazu das Sonder-Informationsrundsreiben "**FREISTELLUNG – KARENZURLAUB - SONDERURLAUB**" auf orangem Papier] zu entrichten, und zwar unabhängig davon, ob die Freistellung unter Behalt des Anspruchs auf die Monatsbezüge oder unter Entfall der Monatsbezüge gewährt worden ist. Die Höhe des monatlich einbehaltenen Pensionsbeitrages ist im Bezugszettel [vgl. dazu das Sonder-Informationsrundsreiben "**DER BEZUGSZETTEL**" auf rosarotem Papier] unter dem Kürzel [PENS.BTG] angeführt.

## 6) KOLLEGIENGELDABGELTUNG

**Universitätsprofessoren, Vertragsprofessoren, Universitätsdozenten, Vertragsdozenten :**

Auf Grund der Valorierungsbestimmung des § 51 Abs. 2 letzter Satz GG, erhöht sich der **Grundbetrag der Kollegiengeldabgeltung**, der für eine **tatsächliche Lehrtätigkeit von acht Semesterstunden** gebührt, ab **1. Oktober 2000** um 1.5 % und macht nunmehr **S 53.590.- pro Semester** aus. Der **Höchstbetrag** der Kollegiengeldabgeltung, der einem **Universitätsprofessor** oder **Vertragsprofessor** für eine Lehrtätigkeit von **zwölf Semesterstunden** gebührt, macht ab 1. Oktober 2000 **S 75.026.- pro Semester** aus; der Höchstbetrag der Kollegiengeldabgeltung, der einem **Universitätsdozenten** oder **Vertragsdozenten** für eine Lehrtätigkeit von **zehn Semesterstunden** gebührt, macht ab 1. Oktober 2000 **S 64.308.- pro Semester** aus. Der Höchstbetrag der Kollegiengeldabgeltung gemäß § 51 Abs. 11 GG ("Kolleggeldgarantie") bleibt am 1. Oktober 2000 mit **S 110.741.- pro Semester** gleich.

Die Anweisung der Kollegiengeldabgeltung für das Wintersemester 2000/2001 wird im Verlaufe des Dezember 2000 erfolgen.

**Universitätsassistenten, Vertragsassistenten :**

Auf Grund der – durch Art. II der Dienstrechtsnovelle 2000 neu eingefügten [vgl. dazu Punkt 5] - Valorierungsbestimmung des § 52 Abs. 8 GG, erhöht sich die **Kollegiengeldabgeltung** gemäß § 52 Abs. 3 GG, die für eine **über zwei Semesterstunden hinausgehende, selbständige Lehrtätigkeit** gebührt, ab **1. Oktober 2000** um 1,5 % und beträgt nunmehr **für jede** auf Grund einer Beauftragung gemäß § 180b Abs. 3, Abs. 5 oder Abs. 7 BDG gehaltene **Semesterstunde öS 9.052.- je Semester**. Die **Kollegiengeldabgeltung** gemäß § 52 Abs. 4 GG, die für eine **Mitwirkung** gemäß § 180b Abs. 2 BDG gebührt, beträgt ab 1. Oktober 2000 für jede Semesterstunde **öS 4.526.- pro Semester**. Aus verwaltungstechnischen Gründen wird die Kollegiengeldabgeltung zusammen mit dem Monatsbezug angewiesen, ist aber nicht ein Bestandteil des Monatsbezuges, sondern wird im Bezugszettel [vgl. dazu das Sonder-Informationsrundsreiben "**DER BEZUGSZETTEL**" auf rosarotem Papier] je nach der "Wertigkeit" gemäß § 180b Abs. 8 BDG unter den Kürzeln [LAL], [LBL] und/oder [LCL] ausgewiesen.

Die monatlich und bei den Sonderzahlungen ("13. und 14. Monatsbezug") gebührende **Lehrzulage** gemäß § 52 Abs. 1 GG, durch die die ersten zwei Semesterstunden einer selbständigen Lehrtätigkeit abgegolten werden, macht seit **1. Jänner 2000 S 4.162.- pro Monat** aus und wird zum **1. Oktober 2000 nicht erhöht**; dieser Betrag wird sich vielmehr **im Zuge** der nächsten **allgemeinen Gehaltserhöhung**, also voraussichtlich zum **1. Jänner 2001**, um deren Prozentsatz erhöhen. Die Lehrzulage wird zusammen mit dem Monatsbezug angewiesen und ist ein Bestandteil desselben, ist also in dem im Bezugszettel als [BEZUG] ausgewiesenen Betrag enthalten.

## **7) ABGELTUNG VON LEHRTÄTIGKEITEN NACH DEM BGALP**

Gemäß der Valorisierungsbestimmung des § 7 Abs. 6 BGALP erhöhen sich zum 1. Oktober 2000 um jeweils 1.5 % :

- die Abgeltung der Lehrtätigkeit von emeritierten Universitätsprofessoren, Universitätsprofessoren im Ruhestand, Honorarprofessoren und (nicht im Dienststand stehenden) Universitäts(Hochschul)dozenten, wenn für die Lehrveranstaltung kein remunerierter Lehrauftrag erteilt worden ist, gemäß § 1 BGALP ;
- die Abgeltung für Tutoren gemäß § 1a BGALP sowie für Studienassistenten und Demonstratoren gemäß § 1b BGALP ;
- die Remuneration für Lehraufträge gemäß § 2 BGALP

Die ab 1. Oktober 2000 geltenden Werte sind dem Erlaß der BMBWK vom 12. Jänner 2000, GZ 35.405/2-I/B/5/2000, zu entnehmen.

## **8) ENTSCHÄDIGUNG VON PRÜFUNGSTÄTIGKEITEN UND BEGUTACHTUNGEN**

Für die **Abrechnung** und Anweisung der **Entschädigung von Prüfungstätigkeiten** gemäß § 4 BGALP und der Entschädigung für die Begutachtung wissenschaftlicher Arbeiten gemäß § 5 BGALP wird für den Abrechnungszeitraum 4. Mai 2000 (Zeitpunkt der letzten Abrechnung) bis 15. September 2000 erstmals das **vom Dienststellenausschuß vorgeschlagene Verfahren** [vgl. dazu Punkt 6) des Informationsrundschreibens des Dienststellenausschusses 2/2000 vom 6. Juli 2000) angewendet, das folgendermaßen ablaufen wird :

- am Freitag, dem **15. September 2000**, wurde für jeden Prüfer/Begutachter aus den bis zu diesem Zeitpunkt von den Prüfungämtern eingegebenen Daten die **Aufstellung** der von diesem Prüfer/Begutachter im Verrechnungszeitraum abgenommenen **Prüfungen** und vorgenommenen **Begutachtungen** wissenschaftlicher Arbeiten erstellt ;
- diese **Aufstellungen** werden den **Prüfern/Begutachtern** im Wege des jeweiligen Dekanates bzw. Prüfungsamtes **übermittelt** (hoffentlich – wie es der Dienststellenausschuß vorgeschlagen hat – im verschlossenen Kuvert). Die Prüfer/Begutachter haben **bis** zum Freitag, dem **6. Oktober 2000**, Zeit, die Aufstellung durch Vergleich mit den eigenen Unterlagen zu überprüfen, **allenfalls erforderliche Korrekturen** festzustellen und die Korrekturen dem zuständigen **Prüfungsamt bekannt zu geben**, das die erforderlichen Berichtigungen vornimmt ;
- am Montag, dem **9. Oktober 2000**, wird ein **zweiter Suchlauf** durchgeführt, der zusätzlich zu den am 15. September vorhandenen Daten alle bis 6. Oktober 2000 von den Prüfungämtern vorgenommenen **Berichtigungen** und die inzwischen erfolgten **Neueintragungen** von Prüfungen/Begutachtungen erfaßt. Auf Grund dieses Suchlaufes werden für jeden Prüfer/Begutachter die **Zahlungs- und Verrechnungsaufträge** erstellt und an die Quästur weitergeleitet ;

- die **Quästur** veranlaßt **im Laufe des Oktobers 2000** die **Anweisung** der Entschädigungen durch das Bundesrechenzentrum.

Da die Prüfungsämter natürlich auch im Zeitraum zwischen dem ersten Suchlauf (15. September 2000) und dem zweiten Suchlauf (9. Oktober 2000) die Eintragung der Daten der inzwischen neu übermittelten Prüfungs/Begutachtungsprotokolle vornehmen werden – um welche Zahl dann das Ergebnis des ersten Suchlaufes vom Ergebnis des zweiten Suchlaufes unter Berücksichtigung der vom Prüfungsamt vorgenommenen Berichtigungen abweicht – **empfiehlt der Dienststellenausschuß den Prüfern, die Protokolle allfälliger, in diesem Zeitraum abgenommener Prüfungen und vorgenommener Begutachtungen dem Prüfungsamt möglichst erst nach dem 6. Oktober 2000 zu übermitteln.** Eine frühere Übermittlung sollte nur in wirklich dringenden Fällen erfolgen. Die Ausstellung von Prüfungszeugnissen durch den Prüfer bleibt davon natürlich unberührt.

Auf Grund der **Valorisierungsbestimmung** des § 7 Abs. 6 BGALP erhöht sich die Entschädigung, für Prüfungstätigkeit gemäß § 4 Abs. 2 BGALP zum **1. Oktober 2000 auf S 149.- pro abgenommene Prüfung.** Es darf in Erinnerung gerufen werden, daß der VfGH mit seinem Erkenntnis vom 29. November 1999, G 159-164/99, den **zweiten Satz des § 4 Abs. 2 BGALP** (dieser Satz lautete : "Prüfungen, die aus einem schriftlichen und einem mündlichen Prüfungsteil bestehen, zählen als eine Prüfung") als **verfassungswidrig aufgehoben** hat [vgl. dazu Punkt 3) des Informationsrundschreibens 1/2000 vom 11. April 2000]. Wirken gemäß § 54 Abs. 3 BGALP Universitätsassistenten und/oder Vertragsassistenten bei der Beurteilung schriftlicher Prüfungen und Prüfungsarbeiten mit, so gebühren dem Prüfer S 74.50 pro Prüfung und den mitwirkenden Assistenten zusammen S 74.50 pro Prüfung als Entschädigung.

Die Entschädigung für die **Begutachtung wissenschaftlicher Arbeiten** gemäß § 5 BGALP ist in Prozentsätzen von V/2 ausgedrückt, weshalb sich diese Beträge zum **1. Jänner 2000 um 1.5 Prozent erhöht** haben. Die Beträge werden sich **im Zuge** der nächsten **allgemeinen Gehaltserhöhung**, also voraussichtlich zum **1. Jänner 2001**, um deren Prozentsatz erhöhen.

## **9) VERGÜTUNG FÜR DIE ERFÜLLUNG ÄRZTLICHER AUFGABEN**

In Konkretisierung des Ende September im Zuge der Verhandlungen für die Arbeitszeit der Ärzte erzielten Verhandlungsergebnisses [vgl. dazu Punkt 5) des Informationsrundschreibens 2/1999 vom 22. November 1999] sind durch Art. II der Dienstrechts-Novelle 2000, BGBl. Teil I Nr. 94/2000, in das GG die neuen §§ 40c und 53b eingefügt worden, die die **"Vergütung für die Erfüllung von ärztlichen Aufgaben** im Rahmen einer öffentlichen Krankenanstalt" für **als Ärzte verwendete Beamte** des Allgemeinen Verwaltungsdienstes ("**wissenschaftliche Beamte**" ; § 40c GG) und für **als Ärzte verwendete Universitätsdozenten und Universitätsassistenten** regeln, und die **rückwirkend mit 1. Jänner 1999** in Kraft getreten sind. Analog sind durch Art. III der Dienstrechts-Novelle 2000 in das VBG die neuen §§ 22 Abs. 6 (Anwendbarkeit des § 40c GG in der Fassung von Art. I. der Dienstrechts-Novelle 2000 auf "**wissenschaftliche Vertragsbedienstete**") ; 54e (der bisherige § 54e "Abfertigung der Vertragsassistenten" erhält die Bezeichnung § 54f) und 56e eingefügt worden, die die Vergütung für die Erfüllung von ärztlichen Aufgaben im Rahmen einer öffentlichen Krankenanstalt für **als Ärzte verwendete "wissenschaftliche Vertragsbedienstete"** (§ 22 Abs. 6 VBG), **Vertragsassistenten** (§ 54e neu VBG) und **Vertragsdozenten** (§ 56e VBG) regeln, und die **alle rückwirkend mit 1. Jänner 1999** in Kraft getreten sind.

Demnach gebührt den **als Ärzte verwendeten Universitätsdozenten, Universitätsassistenten, "wissenschaftlichen Beamten", Vertragsassistenten, Vertragsdozenten und "wissenschaftliche Vertragsbedienstete"** für ihre Mitwirkung an der Erfüllung der Aufgaben, die den Universitätseinrichtungen im

Rahmen des öffentlichen Gesundheitswesens und der Untersuchung und Behandlung kranker Menschen gemäß § 155 Abs. 5 BDG übertragen sind, eine **Vergütung** in der Höhe von **S 4.000.- pro Monat** für das Kalenderjahr **1999**, und von **S 4.060.- ab 1. Jänner 2000**. Bei Herabsetzung der Wochendienstzeit oder bei Teilzeitbeschäftigung gebührt ein dem Tätigkeitsausmaß entsprechender aliquoter Anteil dieser Vergütung. Die Vergütung ist kein Bestandteil des Monatsbezuges bzw. Monatsentgeltes, sie gebührt daher auch nur **zwölfmal im Jahr**, nicht aber im Rahmen der Sonderzahlung gemäß § 3 Abs. 3 GG bzw. § 8a Abs. 2 VBG ("13. und 14. Monatsbezug"). Die Vergütung ist bei den beamteten Universitätslehrern zwar **nicht ruhegenußfähig**, begründet aber den **Anspruch auf eine Nebengebührentzulage** zum Ruhegenuß und **unterliegt** daher auch dem **Pensionsbeitrag** [vgl. dazu Punkt 5) ]. Es ist **noch nicht festgelegt**, unter welchem Kürzel diese Vergütung auf dem Bezugszettel ausgewiesen werden wird.

Da die §§ 40c und 53b GG rückwirkend ab 1. Jänner 1999 in Kraft getreten sind, ist für die seither vergangenen Monate mit einer **Nachzahlung** zu rechnen, deren **Zeitpunkt** aber **noch nicht bekannt** ist. Steuerrechtlich [vgl. dazu das Sonder-Informationsrundsreiben "**STEUER 2000**" auf blauem Papier] wird der auf das Kalenderjahr 1999 entfallende Teil mit fixem Steuersatz gemäß § 67 Abs. 8 EStG, der auf das Kalenderjahr 2000 entfallende Teil unter "Aufrollung" der Lohnsteuer für 2000 versteuert.

## **10) ERHÖHUNG DER JOURNALIENSTZULAGE FÜR ÄRZTE**

In Konkretisierung des Ende September im Zuge der Verhandlungen für die Arbeitszeit der Ärzte erzielten Verhandlungsergebnisses [vgl. dazu Punkt 5) des Informationsrundschreibens 2/1999 vom 22. November 1999] hat die BMBWK mit der Verordnung BGBl. Teil II Nr. 202/2000 vom 7. Juli 2000 **rückwirkend mit 1. Dezember 1999** die Höhe der **Journaldienstzulage** der Ärzte an den Universitätskliniken der Medizinischen Fakultäten gemäß § 17a GG **neu festgesetzt**. Die Journaldienstzulage gebührt den Universitätsprofessoren, den Universitätsdozenten, den Universitätsassistenten, den Vertragsprofessoren, den Vertragsdozenten und den Vertragsassistenten sowie den Beamten und Vertragsbediensteten in wissenschaftlicher Verwendung, die gemäß § 155 Abs. 5 BDG als Ärzte an einer Universitätsklinik verwendet werden, **für nicht durch Freizeit ausgeglichene Zeiten** eines Journaldienstes ; Bruchteile von Journaldienststunden sind jedenfalls durch Freizeit auszugleichen. Die neu festgesetzten Journaldienstzulagen sind rund 30 % höher als die bis 30. November 1999 geltenden Sätze. Die Journaldienstzulage **ist in Prozentsätzen von V/2** (zu dessen Höhe siehe das auf gelbem Karton gedruckte, jeweils dem ersten Informationsrundsreiben eines Jahres beiliegende Gehaltschema der Universitätslehrer) **ausgedrückt, erhöht** sich also bei jeder allgemeinen Bezugserhöhung **automatisch**. Die Journaldienstzulage beträgt ab 1. Dezember 1999 für jede volle Stunde eines nicht durch Freizeit ausgeglichenen Journaldienstes :

Zeit, zu der der Journaldienst geleistet wurde	% von V/2	ab 1. Jänner 2000
an Werktagen : jede Journaldienststunde zwischen 6 Uhr und 22 Uhr	1.07	S 265.-
an Werktagen : jede Journaldienststunde zwischen 22 Uhr und 6 Uhr	1.43	S 354.-
an Sonn- und Feiertagen : jede der ersten bis achten Journaldienststunde	1.43	S 354.-
an Sonn- und Feiertagen : jede ab der neunten Journaldienststunde	2.15	S 532.40
für Ärzte mit herabgesetzter Wochendienstzeit bis zur Erreichung einer Wochenarbeitszeit von 40 Stunden	0.71	S 197.-

Durch das Inkrafttreten dieser Verordnung zum 1. Dezember 1999 haben sich für bereits angewiesene Journaldienstzulagen Nachzahlungen ergeben, die vom Bundesrechenzentrum anfangs August 2000 angewiesen worden sind. Im Bezugszettel [vgl. dazu das Sonder-Informationsrundsreiben



"**DER BEZUGSZETTEL**" auf rosarotem Papier] sind diese Nachzahlungen durch den entsprechenden Zeitraum 12/1999 bis 08/2000 und das Kürzel [J] gekennzeichnet.

Für die steuerliche Behandlung [vgl. dazu das Sonder-Informationsrundsreiben "**STEUER 2000**" auf blauem Papier] gelten 45 % der Journaldienstzulage als Überstundenzuschlag.

## **11) BEABSICHTIGTE GESETZESÄNDERUNGEN DES BDG UND DES BGALP**

Wie die BMBWK in einem Schreiben an die Gewerkschaft vom 18. September 2000 mitgeteilt hat, seien für das Bundesfinanzgesetz 2001 und für die Folgejahre mit allen Ressorts mit Ausnahme der Schulen und der Universitäten Kürzungen der Stellenpläne und damit eine Personalkostensenkung geplant. In den Bereichen **Schulen und Universitäten** sei eine solche **Stellenplankürzung nicht vorgesehen**. Zum Ausgleich dafür seien **alternative Maßnahmen** im Bereich des Personalaufwandes zu setzen, die **denselben budgetären Effekt** (Einsparung von 200 Million Schilling für 2001 und von weiteren 200 Millionen Schilling für 2002) erzielen sollen. Nach diesbezüglichen Gesprächen der BMBWK mit Vertretern der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst/Bundssektion Hochschullehrer, der Bundeskonferenz der Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren, der Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals und der Rektorenkonferenz am 14. September 2000 – bei denen es naturgemäß zu keiner Einigung gekommen ist – hat die BMBWK zur Erreichung der vorgesehenen Einsparungen den **Entwurf einer Novellierung des BDG, des BGALP und des GG** als Bestandteile des Budgetbegleitgesetzes 2001 vorgelegt, die mit **Beginn des Sommersemester 2001** in Kraft treten sollen.

Konkret sind folgende Gesetzesänderungen geplant :

- **BDG** [vgl. dazu das Sonder-Informationsrundsreiben "**AUSZUG AUS DEM BEAMTEN-DIENSTRECHTSGESETZ 1979**" auf weißem Papier, das zuletzt als Anlage zum Informationsrundsreiben 2/1999 vom 22. November 1999 übermittelt worden ist] : dem § 165 wird ein Abs. 4 angefügt, der die **Betrauung eines Universitätsprofessors** mit der (durch die Kollegiengeldabteilung gemäß § 51 GG bis zu den darin genannten Grenzen abgeltbaren) **Abhaltung von Lehrveranstaltungen durch den Studiendekan** analog zu der in § 172a Abs. 1 BDG geregelten Betrauung von Universitätsdozenten vorsieht. Selbstverständlich steht es einem Universitätsprofessor frei, im Rahmen seiner Lehrbefugnis beliebige Lehrveranstaltungen anzukündigen und abzuhalten, doch sind höchstens zwei Stunden derartiger Lehrveranstaltungen auf die Kollegiengeldabteilung anrechenbar.
- **BGALP** : durch Novellierung des § 4 ("**Entschädigung für Prüfungstätigkeit**") Abs. 1 wird eine Entschädigung **nur noch für** folgende Prüfungsarten gebühren : **Fachprüfungen** (§ 4 Z 27 UniStG), **kommissionelle Gesamtprüfungen** (§ 4 Z 28 UniStG) , **Ergänzungsprüfungen** (§ 4 Z 15 UniStG) und **Zulassungsprüfungen** (§ 4 Z 15a UniStG) . Für **Leistungsbeurteilungen**, die im **unmittelbaren Konnex mit einer bestimmten Lehrveranstaltung** stehen (Lehrveranstaltungsprüfungen gemäß § 4 Z 26 UniStG) , hingegen gebührt **keine Abgeltung**, da diese **Prüfungstätigkeit** gemäß § 165 Abs. Z 3, § 172 Abs. 1 Z 3, § 179 Abs. 2 Z 2 und § 192 Abs. 1 BDG zu den **Dienstpflichten** der beamteten Universitätslehrer (und durch entsprechende Querverweise auch der vertragsbediensteten Universitätslehrer) zählen. Gemäß § 4 Abs. 4 wird für schriftliche Prüfungen, die automationsunterstützt ausgewertet werden (Multiple-Choice-Prüfungen) keine Entschädigung gebühren.
- **GG** : **terminologische Anpassung** des § 51 Abs. 8 und des § 51a Abs. 8 (Berechnung der Kollegiengeldabteilung von Universitätsprofessoren)

## 12) VERGLEICH BEZUGSERHÖHUNGEN - PENSIONSBEITRAG - INFLATIONSRATE

*Einem mehrfach geäußerten Wunsche Rechnung tragend, werden nachstehend wiederum in einer Übersicht die jährlichen Erhöhungen der Bezüge der Öffentlich Bediensteten (Quelle: frühere Informationsrundschriften), der von ihnen zu leistende Pensionsbeitrag [vgl. dazu Punkt 5) ] (Quelle: frühere Informationsrundschriften und Jahrbücher der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst) und die jährliche Verbraucherpreisentwicklung ("Inflationsrate") (Quelle: Wirtschafts- und sozialstatistische Informationen der Arbeiterkammer für Tirol) angeführt.*

<i>zum</i>	<i>Bezugserhöhung um</i>	<i>Pensionsbeitrag</i>	<i>Inflationsrate im Kalenderjahr</i>	<i>Wert</i>
<i>1. Jänner 1985</i>	<i>4.70 % a)</i>	<i>8.00 %</i>	<i>1985</i>	<i>3.2 %</i>
<i>1. Jänner 1986</i>	<i>4.25 % b)</i>	<i>8.50 %</i>	<i>1986</i>	<i>1.7 %</i>
<i>1. Jänner 1987</i>	<i>2.90 %</i>	<i>9.00 %</i>	<i>1987</i>	<i>1.4 %</i>
<i>1. Jänner 1988</i>	<i>0.0 %</i>	<i>9.00 %</i>	<i>1988</i>	<i>2.0 %</i>
<i>1. Juli 1988</i>	<i>S 330.- c)</i>	<i>9.50 %</i>		
<i>1. Jänner 1989</i>	<i>2.90 %</i>	<i>9.75 %</i>	<i>1989</i>	<i>2.5 %</i>
<i>1. Jänner 1990</i>	<i>2.90 %</i>	<i>10.00 %</i>	<i>1990</i>	<i>3.3 %</i>
<i>1. April 1990</i>	<i>S 350.- c)</i>			
<i>1. Jänner 1991</i>	<i>5.90 %</i>	<i>10.0 %</i>	<i>1991</i>	<i>3.3 %</i>
<i>1. Jänner 1992</i>	<i>4.30 %</i>	<i>10.0 %</i>	<i>1992</i>	<i>4.1 %</i>
<i>1. Jänner 1993</i>	<i>3.95 %</i>	<i>10.0 %</i>	<i>1993</i>	<i>3.6 %</i>
<i>1. Jänner 1994</i>	<i>2.55 %</i>	<i>10.25 %</i>	<i>1994</i>	<i>3.0 %</i>
<i>1. Jänner 1995</i>	<i>2.87 %</i>	<i>11.75 %</i>	<i>1995</i>	<i>2.2 %</i>
<i>1. Jänner 1996</i>	<i>S 2.700.- d)</i>	<i>11.75 %</i>	<i>1996</i>	<i>1.9 %</i>
<i>1. Jänner 1997</i>	<i>S 3.600.- e)</i>	<i>11.75 %</i>	<i>1997</i>	<i>1.3 %</i>
<i>1. Jänner 1998</i>	<i>S 496.- c)</i>	<i>11.75 % f)</i>	<i>1998</i>	<i>0.9 %</i>
<i>1. Jänner 1999</i>	<i>2.50 %</i>	<i>11.75 % f)</i>	<i>1999</i>	<i>0.6 %</i>
<i>1. Jänner 2000</i>	<i>1.50 %</i>	<i>11.75 % f)</i>	<i>1.1. – 31.7. 2000</i>	<i>2.0 %</i>
<i>1. Oktober 2000</i>		<i>12.55 % f)</i>		

*a) Gehaltserhöhung um mindestens öS 550.- ; Gehaltsstufe 1 des Gehaltsschemas der Universitätsassistenten fällt durch 41. GG-Novelle weg; strukturelle Verbesserung des Gehaltsschemas der Universitätsassistenten durch 41. GG-Novelle um durchschnittlich 5,7 % wird zu 60 % wirksam; durch 42. GG-Novelle generelle Vorrückung der Außerordentlichen Universitätsprofessoren um eine Gehaltsstufe*

*b) Gehaltserhöhung um mindestens öS 500.-; strukturelle Verbesserung des Gehaltsschemas der Universitätsassistenten durch 41. GG-Novelle um durchschnittlich 5,7 % wird zu 100 % wirksam; durch 42. GG-Novelle generelle Vorrückung der Außerordentlichen Universitätsprofessoren um eine Gehaltsstufe; individuelle Vorrückung der Ordentlichen Universitätsprofessoren wird durch 45. GG-Novelle zum 1. April 1986 um jeweils ein Jahr vorverlegt*

*c) Erhöhung um einen Fixbetrag unabhängig von der Höhe des Monatsbezuges*

*d) Einmalzahlung zum 1.2.1996*

*e) Einmalzahlung zum 1.4.1997*

- f) für Beamte (beamtete Universitätslehrer), die vor dem 1. Mai 1995 in ein Dienstverhältnis zu einer österreichischen Gebietskörperschaft aufgenommen worden sind ; für Beamte, die ab 1. Mai 1995 in ein Dienstverhältnis zu einer österreichischen Gebietskörperschaft aufgenommen worden sind, ist der Pensionsbeitrag gemäß § 62e Abs. 11 PG um 1.5 Prozentpunkte niedriger

### **13) FÖRDERUNG VON BERUFSBEZOGENER FORTBILDUNG FÜR WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERINNEN**

Nachstehend wird eine Information des Vizerektors für Personal, Personal- und Organisationsentwicklung, Herrn Kollegen Univ.-Prof. Dr. Peter GRÖBNER, auf dessen Ersuchen bekannt gegeben :

"Für berufsbezogene Fortbildungen kann, wie in den Vorjahren bei Allgemeinen Universitätsbediensteten, ein Kostenzuschuss gewährt werden. Die Weiterbildung darf jedoch nicht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Tätigkeit stehen, da hierfür andere Mittel zur Verfügung stehen. Der Höchstbetrag liegt bei S 5.000.- pro Person und Jahr. Anträge (formloses Schreiben) sind an das Büro des Vizerektors für Personal, Personal- und Organisationsentwicklung, zu Händen Frau Mag. Alexandra BRUNNER, zu richten. Nicht gefördert werden Fortbildungen aus Vorjahren und Seminare, die intern angeboten werden." Zum letzten Nebensatz wird auf das kürzlich versendete "Fortbildungsprogramm der Universität Innsbruck für das Wintersemester 2000/2001" verwiesen.

### **14) ERMÄSSIGTE ABONNEMENTFLUGSCHEINE FÜR DIE STRECKE INNSBRUCK - WIEN**

Für den Flug der Strecke Innsbruck-Wien oder umgekehrt werden derzeit folgende, ermäßigte Abonnementflugscheine angeboten :

Die **ermäßigten Abonnementflugscheine** von **TYROLEAN AIRWAYS** sind beim Österreichischen Komitee für Internationalen Studentenaustausch "**ÖKISTA**" für den Flug Innsbruck-Wien oder Wien-Innsbruck (**Einfachflug**) zum Preis von **S 1.830.- zuzüglich S 150.- Flughafensteuer zuzüglich einer Buchungsgebühr von S 50.- pro ausgestellte Rechnung** erhältlich. Das Büro der ÖKISTA befindet sich in der Wilhelm-Greil-Straße 17 (Innenhof), Tel. 588997.

Die **ermäßigten Abonnementflugscheine** von **TYROLEAN AIRWAYS** sind beim **Tiroler Landesreisebüro**, Filiale Innrain, für den Flug Innsbruck-Wien oder Wien-Innsbruck (**Einfachflug**) zum Preis von **S 1.945.- inklusive Flughafensteuer**, d.h. ohne weiteren Zuschlag, erhältlich. Das Büro der Filiale Innrain des Tiroler Landesreisebüros befindet sich im ersten Stock der Filiale der Landeshypotheken-Bank Tirol ("Hypo-Bank"), Innrain 47a, Tel. 586163.

Der Vizerektor für Personal, Personal- und Organisationsentwicklung, Herr Kollege Univ.-Prof. Dr. Peter GRÖBNER, konnte mir der **KLMAlps** (Air Alps Aviation) einen Spezialpreis für die Flüge von Innsbruck nach Wien oder umgekehrt für Universitätsangehörige vereinbaren. Die **ermäßigten Abonnementflugscheine** sind beim **Tiroler Landesreisebüro**, Filiale Innrain, für den Flug Innsbruck-Wien oder Wien-Innsbruck (**Einfachflug**) zum Preis von **S 1.880.- inklusive Flughafensteuer**, d.h. ohne weiteren Zuschlag, erhältlich. Das Büro der Filiale Innrain des Tiroler Landesreisebüros befindet sich im ersten Stock der Filiale der Landeshypotheken-Bank Tirol ("Hypo-Bank"), Innrain 47a, Tel. 586163.

**Fortsetzung auf Seite 12**

**15) WOHNUNGEN**

Dem Dienststellenausschuß sind dazu folgende Informationen zugegangen :

- In der Heiliggeiststraße, 2. Stock, ist eine Vierzimmerwohnung, 134 m<sup>2</sup>, mit Etagengasheizung zu vermieten. Verhandlungsbasis für die Monatsmiete (ohne Betriebskosten) sind S 10.000.-

Interessierte mögen sich bitte mit Herrn Hubert CATHREIN, Tel. 581575 oder 0664 5404697, in Verbindung setzen.

- In Igls, Prof.-Ficker-Weg, ist ab sofort eine Zweizimmerwohnung mit Küche mit 65 m<sup>2</sup> mit getrenntem Eingang und Autoabstellplatz zum Preis für Miete und Betriebskosten von S 9.000.- zu vermieten

Interessierte mögen sich bitte mit Herrn Dr. Helmut KERN, Tel. 0699 10922052, in Verbindung setzen.

Im Auftrag des Dienststellenausschusses der Universitätslehrer an der Universität Innsbruck zeichnet mit kollegialen Grüßen

Anlagen:

(Dr. Ludwig CALL, Vorsitzender)

- Informationen der Tiroler Sparkasse
- Information von "Sport SPEZIAL"

Abkürzungen:

Abs.	=	Absatz
Art.	=	Artikel
BDG	=	Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979
BGBl. Nr.	=	Bundesgesetzblatt Nummer
BGALP	=	Bundesgesetz vom 11.7.1974 über die Abgeltung von Lehr- und Prüfungstätigkeiten an Hochschulen
BMBWK	=	Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur
bzw.	=	beziehungsweise
d.h.	=	das heißt
d.i.	=	das ist
d.s.	=	das sind
EStG	=	Einkommensteuergesetz 1988
GG	=	Gehaltsgesetz 1956
GZ	=	Geschäftszahl
PG	=	Pensionsgesetz 1965
S	=	Schilling
u.a.	=	unter anderem
VBG	=	Vertragsbedienstetengesetz 1948
vgl.	=	vergleiche
VfGH	=	Verfassungsgerichtshof
V/2	=	Gehaltsstufe 2 der Dienstklasse V eines Beamten der Allgemeinen Verwaltung
Z	=	Ziffer
Zl	=	Zahl